

## **Kritische Gedanken zum Eco.Naturkongress 2016 Basel 27. Mai 2016**

„Volkes Wille — Protektionismus, Ernährungs- und Umweltauswirkungen der verschiedenen Volksinitiativen zum Thema Ernährung“.

Unter diesem Titel, der die grossen Zusammenhänge anspricht, diskutierten am späten Nachmittag auf dem Podium unter der Leitung von Nathalie Christen (Radio SRF) Prof. Bernhard Lehmann, Direktor des Bundesamtes für Landwirtschaft, Nationalrat Markus Ritter, Präsident des Schweizer Bauernverbandes und Vertreter der Ernährungssicherheitsinitiative des SBV, Nationalrätin Maya Graf, Vertreterin der Fair Food Initiative der Grünen Partei, und Urs Leugger, Geschäftsführer von Pro Natura.

Urs Leugger und Maja Graf stellten einleitend die Behauptung auf, dass der SBV mit seiner Initiative zur Ernährungssicherheit in Wahrheit beabsichtige, mehr zu produzieren. Ins gleiche Horn blies Bernhard Lehmann. Die Initiative des SBV führe zu Überproduktion und dies sei auch gegenüber den Entwicklungsländern nicht ehrlich. Doch Maja Graf selbst war es dann, die darauf hinwies, dass der hohe Importanteil der Schweiz im Ausland erzeugt werde. Bei einem Netto-Selbstversorgungsgrad von gut 50% bringt die Schweiz die Entwicklungsländer nicht um ihr landwirtschaftliches Einkommen. Trotzdem hat schon das Seco die Liberalisierung des Agrarhandels und den weiteren Abbau des Schutzes der Landwirtschaft für die Schweiz immer damit begründet, die Entwicklungsländer müssten auch eine Exportchance bekommen, um zu Devisen zu gelangen. Diese Devisen dienen aber, wie die Finanzkrise offenlegte, nur der Bedienung der Kredite der Industrieländer. Wer somit die Handels- und Geschäftsinteressen des Westens weiterhin mit den Interessen der Entwicklungsländer begründen will, nachdem auch die Doha-Runde aufgezeigt hat, dass eben gerade die Schwellenländer das Handelsdiktat der USA nicht mehr akzeptieren, sollte mit der Begründung des Agrarfreihandels als moralisches Muss etwas zurückhaltender sein.

Es ist nicht so, dass die SBV-Initiative die Produktion erhöhen will. Es ist gerade umgekehrt, die Gegner der Initiative des Bauernverbandes wollen die landwirtschaftliche Produktion in der Schweiz reduzieren, um dem Agrarfreihandel näherzukommen. Urs Leugger hielt der Landwirtschaft vor, dass sie ja nur mit importiertem Diesel produzieren könne, und er vergisst dabei vollständig, dass die gesamte Wachstumswirtschaft auf fossilen Brennstoffen beruht. Man kann deshalb nicht der Landwirtschaft vorhalten, dass sie mit ihrer Technik zu einem guten Teil davon abhängig ist, was die gesamte zur Zeit herrschende Wachstumswirtschaft überall durchsetzt.

Wie kommt es aber zu dieser eklatanten Asymmetrie in der Argumentation? Wie Claude Martin (ehem. WWF) in der Einführung zur Tagung aufzeigte, lasse sich der Grundkonflikt zwischen Wachstumswirtschaft und Naturgrundlage ohne neue ökonomische Modelle nicht lösen. Anstatt nun die Diskussion über notwendige Alternativen voranzutreiben, um die Ursachen des genannten Konfliktes zu lösen, scheint es den Schutzorganisationen opportuner, die einheimische Landwirtschaft als Zielscheibe zu wählen, um ‚mehr Natur‘ zu bekommen, nicht ohne die Absicht, dass die Freihandelsbefürworter diesen Gefallen bemerken, denn schliesslich lebt man ja von Beiträgen der Wachstumswirtschaft.

Die sprichwörtliche fehlende Redlichkeit zieht sich wie ein roter Faden durch die Argumentation jener, welche den Initianten der Ernährungssicherheitsinitiative des Bauernverbandes vorwerfen, die landwirtschaftliche Produktion erhöhen zu wollen, während sie selbst die heutige Produktion offensichtlich reduzieren wollen. Sogar die Gesprächsleiterin gab davon eine Kostprobe vorfabrizierter medialer Unwahrheiten, indem sie meinte, dass ein Zurück zu den

Tierbeiträgen falsch wäre, weil Tierbeiträge „ja wieder zu vielen Tieren“ führten. Tierbeiträge wurden nie an Schweine und Geflügel sondern nur an Rauhfutterverzehrer ausgerichtet. Die Zahl der Milchkühe hat unter dem Regime der Tierbeiträge nicht zu- sondern abgenommen. Markus Ritter unterstrich wiederholt, dass die Initiative des SBV die Produktion nicht ausdehne und die ökologischen Errungenschaften nicht reduziere. Leuggers Behauptung, dass mit der AP 14-17 die landwirtschaftliche Produktion mit der Streichung der Tierbeiträge und mit der Umlagerung der Direktzahlungen ökologischer geworden sei, ist deshalb ebenfalls nicht ehrlich. Zum einen ist eine solche Feststellung in so kurzer Zeit gar nicht möglich. Zum anderen ist es doch so, dass ohne Änderung der Wirtschaftsweise ein Teil der Betriebe höhere Beiträge unter neu kreierten Pflgetiteln bekommen hat und ein anderer Teil bei ebenfalls gleich bleibender Produktion weniger Direktzahlungen erhalten hat. Damit schreibt ein grosser Teil der Landwirtschaftsbetriebe rote oder noch röttere Zahlen, was mittelfristig die Produktion gefährdet. Zur Debatte steht deshalb bei den Initianten nicht, die Produktion zu erhöhen, sondern die Gefährdung der Produktion wegen gestrichenen Einkommenstransfers zu verhindern. An dieser Stelle wechselte der Vertreter der Pro Natura und Mitglied der Agrarallianz und Friends of the Earth die Zielebene: Leugger will eine Reduktion der Landwirtschaft auf eine standortgerechte Landwirtschaft überall auf der Welt. „Eine Landwirtschaft nach dem Muster der indigenen Völker, die wissen, wie man von der eigenen Landwirtschaft leben kann“, meinte die Gesprächsleiterin zusammenfassend.

Doch hier steckt die unklare Stelle in der AP 14 -17. Man kommt doch diesem Ziel keinen Schritt näher, wenn man im herrschenden ökonomischen Modell den Schutz der einheimischen Landwirtschaft zu Gunsten des Agrarfreihandels schwächt. Mit Unterstellungen, die Initiative des SBV wolle die Produktion in der Schweiz ausdehnen, und Appellen für Globalisierung und Subsistenz gleichzeitig, ohne sich mit dem agrarpolitischen Lösungsweg für eine sichere und nachhaltige Ernährung auseinanderzusetzen, unterlaufen die Schutzorganisationen und die Freihandelsbefürworter im Verbund die Ursachen- und Lösungsdiskussion zum eigentlichen Konflikt, um den es geht, nämlich den Konflikt zwischen Wachstumswirtschaft und der Naturgrundlage.

Diesen Konflikt verwischt das Bundesamt für Landwirtschaft auf seine Weise, indem Lehmann einwendet, es gehe nicht um Ökologie versus Produktion, sondern um eine umweltbetonte Landwirtschaft — um die Kombination der beiden Aspekte. Das ändert aber nichts daran, dass damit eine deutliche Extensivierung der inländischen Produktion eingeleitet wird, was Markus Ritter auf den Punkt brachte, die Direktzahlungen seien schliesslich nicht dazu da, die ökologische Produktion im Ausland und deren Import zu finanzieren. Denn wenn die Produktion nicht mehr mit Einkommensausgleich gestützt wird, gerät sie unter weiteren Druck. Entweder nimmt sie ab und es verbleibt die mit ehemaligem Direktzahlungsbudget bezahlte Landschaftspflege, oder die Produktion wird mangels Einkommen wegen den geltenden, sich weiter verschärfenden Wettbewerbsbedingungen wieder weniger nachhaltig. Das sollte nicht eintreten, meint Maja Graf, weil in Zukunft auf den Qualitäts- statt auf den Preiswettbewerb gesetzt werden müsse.

Doch der Preiswettbewerb ist eben die Folge davon, dass in der Landwirtschaft nicht die gleichen Wettbewerbsbedingungen herrschen wie in der Industrie. Wenn doch die Landwirtschaft in einem polipolistischen Preiswettbewerb steht, wie soll sie dann — ausser in ein paar Nischen — zu einem Qualitätswettbewerb gelangen? Die Umsetzung der feierlich vom Bundesamt für Landwirtschaft zelebrierten Inauguration der Qualitätsscharta lässt schon seit vier Jahren auf sich warten. Die Folgen der Aufhebung der Milchkontingentierung sind seit 20 Jahren klar. Doch der Aufbau einer bäuerlichen Marktmacht, um Qualität und entsprechende Preise bis zu den Konsumenten durchzusetzen, eines der Ziele der Initiative der Uniterre, die nicht auf das Podium eingeladen wurde, ist bis heute verhindert worden — nicht zuletzt von den Schutz- und Labelorganisationen selbst, die laut nach Qualität rufen, ohne die Ursachen des Qualitätskonfliktes zu klären. Qualität ist ja nichts anderes als die Frucht der Wirtschaft, die dem Bedürfnis der Menschen dient und nicht immer ausschliesslicher dem Kapitalwachstum. Da liegt doch das Problem.

Dazu war auch der Work-shop zu „Fair Trade“ aufschlussreich. Dem Einwand einer Teilneh-

merin, dass doch die Wertschöpfung aus der Kakaoproduktion am besten erreicht werde, wenn die Schwellenländer die Verarbeitung des Rohstoffes zur Schokoladeproduktion selbst in ihren Ländern übernehmen würden, wurde von den international tätigen Organisationen wie dem International Trade Center entgegengehalten, dass dort in den Schwellenländern das hohe technische Know-how der Verarbeitung sowie der notwendige Kontakt zu den kaufkräftigen Konsumenten der Industrieländer fehle. Also sei es wirtschaftlicher, den Rohstoff in afrikanischen Ländern anzubauen und die Verarbeitung in den entwickelten Industrieländern zu behalten. Diese Wertschöpfung in den Industrieländern hängt jedoch ab vom reibungslosen Ressourcenfluss des Rohstoffes aus der Weltperipherie (Schwellenländer) zu den industriellen Zentren der Verarbeitung. Der auch in der Kakaoproduktion in den Schwellenländern geltende polipolitische Preiswettbewerb bedroht die Qualität des Rohstoffes durch Schädigungen der Naturgrundlagen und der Produktionsstrukturen sowie der Menschenwürde als Folge der ungenügenden Wertschöpfung (Kinderarbeit). Diese Risiken haben inzwischen auch die Verarbeitungszentren der Premiumproduktion in den Industrieländern als letztlich eigenes Geschäftsrisiko erkannt. Mit entsprechender Entwicklungshilfe soll der Fortschritt im „Gleichklang“ von sozialen, ökonomischen und ökologischen Postulaten begleitet werden. Sie gehen aber nicht auf die Ursachen des Konfliktes der Unterbezahlung der Bauern der Dritten Welt ein, sondern bewirtschaften ihn wie folgt: Der auch für die Kakaobauern weiterhin tiefe Preis soll nicht durch eine Beteiligung der Produzenten an der Marge der Verarbeitung angehoben und „fairer“ werden, sondern durch Lebensmittelproduktion für die Eigen- und Regionalversorgung — also durch sogenannte „Systemdifferenzierung“ — ergänzt werden. Das Wissen dazu vermitteln die international tätigen Hilfsorganisationen mit ihren Beratern. Sie halten dabei fälschlicherweise die Nachwirkungen der Dekrete der Kolonialmächte für engstirniges und rückständiges Denken der afrikanischen Bauern. Das Tabu, Kaffeebäume zu Gunsten von mehr Selbstversorgung mit eigenen Lebensmitteln zu fällen, ist nicht eine Folge der Engstirnigkeit der lokalen Bauern, wie die ‚Entwicklungshelfer‘ behaupten. Es sind vielmehr die immer noch sozial und ökonomisch nachwirkenden ehemaligen Dekrete der Kolonialmächte, welche die vorkoloniale afrikanische Landwirtschaft zu Gunsten des exportorientierten Kakaoanbaus gewaltsam eingeschränkt haben. Das als Hilfsorganisation daher kommende „International Trade Center“ steht immer noch in dieser kolonialen Tradition: Rohstoffanbau in der rückständigen Peripherie, wertschöpfende Verarbeitung in den globalen Zentren. Somit wird hier auch deutlich, dass das Qualitätsargument nicht einer solidarischen Wertschöpfungskette entspringt. Unter dem Fair-Trade-Label und unter dem Qualitätsargument wird ein friktionsloser Kakaobohnenexport gleichsam neokolonial durchorganisiert.

Zurück zur fehlenden bäuerlichen Marktmacht als Folge der herrschenden Wettbewerbsbedingungen: Die Schutzorganisationen sollten den Fehler nicht immer nur bei der Landwirtschaft suchen, sondern sie sollten sich um die Funktionsweise des Gesamtsystems kümmern und nach den von Claude Martin geforderten Alternativen suchen, um den Konflikt der herrschenden Wachstumswirtschaft mit der Naturgrundlage zu lösen. „Fair Trade“ ändert an den etablierten Abhängigkeitsverhältnissen nichts und will offensichtlich auch nichts ändern. Dass auf dem Podium kein Vertreter der Initiative der Uniterre eingeladen war, ist bedauerlich, weil die Initiative gerade dazu wichtige Impulse enthält. Pro Natura mit Unterstützung des Bundesamtes für Landwirtschaft und auch mit Unterstützung der Grünen warf der Initiative der Uniterre vor, diese strebe eine „völlige Umstellung des aktuellen Systems“ an. Diese Kritik von grün-links fand nun Bauernpräsident Markus Ritter „schon sehr interessant“, da er selbst grosse Sympathie für einige Elemente dieser Initiative hege. Demgegenüber sieht Maja Graf die Lösung in den Lebensmittelkontrollen und in Fair Trade. So ist sie voller Hoffnung, dass die transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) die „Qualität zum Hauptthema mache“. So steht es auch im grün-schwarzen Koalitionsvertrag in Baden-Württemberg: „Die bilateralen Verhandlungen der Europäischen Union mit dem für Baden-Württemberg wichtigsten Wirtschaftspartner USA und mit anderen Ländern, Handelsabkommen bzw. Handelspartnerschaften wie die Transatlantische Handels- und Investitionspart-

nerschaft (TTIP) zielen auf den Abbau bestehender Handelshemmnisse und die Schaffung eines klaren Rahmens für Unternehmen und Verbraucherinnen und Verbraucher.“ Wie klar dieser Rahmen sein wird, wenn die USA als wichtigster Handelspartner den EU-Markt mit ihren Produkten überschwemmt, wird sich schon bald zeigen. Mit dem Cassis de Dijon-Prinzip ist die Bresche für die Durchsetzung der tiefsten Standards jedenfalls in der EU längst selbst geschaffen worden. Graf will faire Bezahlung beim Import fordern. Sie will ausdrücklich die hiesige Landwirtschaft nicht schützen, sondern ist der Meinung, dass die hiesige Landwirtschaft sich im Qualitätswettbewerb selbst behaupten sollte. Die Qualität müsse auch in der Schweiz steigen. Der Milchpreis müsse mit der Verarbeitung zu AOC-Käse wieder angehoben werden können. Wobei bei diesen Vorschlägen immer herauskommt, dass die Wertschöpfung in der Verarbeitung liegt, und die Frage, wie der durch den polipolistischen Wettbewerb zu tiefe Rohstoffpreis der Produkte der Landwirtschaft „fair“ korrigiert werden kann, weiterhin unbeantwortet bleibt. Deshalb sagt Pro Natura, es brauche keine der beide Initiativen, weder die des SBV noch jene der Grünen und erst recht nicht jene der Uniterre. Die Initiativen seien „gefährlich und unnötig“, weil sie nur den Mythos, dass die bäuerliche Landwirtschaft ökologisch sei, verstärken würden.

Die bäuerliche Landwirtschaft ist aber auch der Wachstumswirtschaft im Weg. Sie ist Opfer des Landgrabbing in den Schwellenländern bzw. in den BRICS-Staaten, sie ist Opfer dieser Entwicklung zunehmend auch in Europa. Es ist gerade die Uniterre-Initiative, welche die globale Bedeutung der bäuerlichen Landwirtschaft betont und mit ihrer Beziehung zu Via Campesina den Bezug zwischen der *bäuerlichen Landwirtschaft der Industrieländer* und der *nichtkolonialen Landwirtschaft des Südens* herstellt. **Hans Herren** als Mitverfasser des Weltagrarberichtes hat auch an diesem Kongress die bäuerliche Landwirtschaft als die einzige Produktionsstruktur bestätigt, die einen pfleglichen Umgang mit der Naturgrundlage und eine ausreichende Ernährung der Menschheit in Zukunft sichern kann. **Er hat auch die global tätigen Landräuberstaaten namentlich genannt.**

Der Eco-Kongress hat bestätigt, dass er mit Fair-Trade und weiteren Protagonisten wie dem „International Trade Center“ der Green Economy zuzurechnen ist. Geo-Engineering, Public Private Partnership unter der Führung diverser „Foundations“ waren die am ECO-Naturkongress auch zu Bio 3.0 vorgetragenen Zukunftsperspektiven. So wird der Konflikt nicht gelöst, sondern immerfort vor sich her geschoben. „Bringing Agriculture Back to Foreign Policy“ ist das erklärte Ziel des transatlantischen Handelspartners. Das wird unser Schicksal sein, wenn es uns bzw. Europa nicht gelingt, den Konflikt zwischen Wachstumswang und begrenzter Naturgrundlage, den es vor gut 200 Jahren auf den Weg gebracht hat, zu lösen.

Hans Bieri, SVIL  
Schweizerische Vereinigung  
Industrie und Landwirtschaft

Zürich, 14. Juni 2016